

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Fringerlohn monatlich 1.00 R. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 R., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Gespaltene Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 220.

Dresden, Freitag den 22. September 1916.

27. Jahrg.

## Das Recht der Sozialdemokratie.

Die Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokratie, die zur Zeit im Reichstagsgebäude tagt, ist zweifellos die wichtigste parteipolitische Veranstaltung, die seit Beginn des Krieges stattgefunden hat. Nicht bloß die Anhänger der Partei daheim und in den Schützengräben, sondern auch ihre Gegner erwarten den Ausgang dieser Beratung mit gespanntem Interesse.

Die Beratungen, die gewisse Blätter vor Beginn der Konferenz angestellt haben, zeigen deutlich, welche politische Spekulationen an das Hervortreten einer Opposition in der Partei geknüpft werden. Das Bekenntnis der Partei zur Landesverteidigung am 4. August 1914 war der ärgste Schlag für jene Richtungen, die bisher den Standpunkt vertreten hatten, die sozialdemokratische Arbeiterbewegung stünde „außerhalb der Verfassung“ und ihre Anhänger dürften nicht als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt werden. Diesen Standpunkt auch in Zukunft aufrechtzuerhalten schien unmöglich, und damit war das Fundament, auf dem sich die ganze Politik der Partei aufbaute, in Trümmer gelegt.

Man begriff, mit welchen Hoffnungen das Auftreten der Opposition in der Partei begrüßt wurde. Jetzt ergab sich die Möglichkeit, entweder einen Keil in die Arbeiterbewegung einzuzutreiben oder aber die ganze Partei mit Rücksicht auf das Verhalten ihrer Mitglieder staatsbürgerlich zu disqualifizieren. Welche von beiden Methoden den besseren Erfolg verspricht, darüber scheint man sich noch nicht ganz klar zu sein, jedenfalls möchte es die freikonservative Post zunächst einmal mit der ersten versuchen. Sie erklärt:

Kur soweit die Sozialdemokratie an dem Standpunkte vom 4. August 1914 festhält, wird sie als eine nationale und ihre Anhänger als vollwertige Staatsbürger anerkannt sein. Die sozialdemokratische Opposition, welche von dem Standpunkte des 4. August zu der Auffassung der Zeit vor dem Kriege zurückverfallen ist, hat damit diese Anerkennung vollständig verwirkt.

Der Reichskanzler hat das feierliche Gelübde abgelegt, daß mit dem Kriege und Unrat der vergangenen Zeit ausgeräumt werden soll. Das bedeutet nicht, daß die Scheidelinie zwischen „nationalen“ und „nicht nationalen“ Parteien anders gezogen werden soll als bisher, sondern daß sie überhaupt wegfällt. Es gibt keine Stelle im Deutschen Reich, die die einzelnen Parteien und die einzelnen Staatsbürger als „national“ und „nicht national“ abzustempeln das Recht hat.

Der größte Teil der sozialdemokratischen Mitglieder bestreitet übrigens ausdrücklich, Gegner der Landesverteidigung zu sein. Wenn er aus seiner grundsätzlichen Anerkennung der Landesverteidigung nicht die Konsequenz zieht, daß die Kriegskredite bewilligt werden müßten, so mag das ein sehr ansehnlicher Punkt seiner Politik sein; daraus aber den Schluß zu ziehen, er sei — im Gegensatz zur Wehrheit — nicht „national“, geht unter keinen Umständen an. Es kann vielleicht über die Frage der Bewilligung zu einer Spaltung der Partei kommen, wahrscheinlicher ist, daß der Trennungstrieb zwischen den grundsätzlichen Anhängern und den grundsätzlichen Gegnern der Landesverteidigung, zwischen Sozialdemokraten und Anarcho-funktionaristen, gezogen werden könnte. Aber auch eine von der Sozialdemokratie abgefallene Gruppe würde das Recht haben, nur durch die Kraft der Argumente, nicht aber mit den Entschuldigungsversuchen einer sich national gebenden Scheinheiligkeit bekämpft zu werden.

Die Sozialdemokratie lehnt es ganz entschieden ab, sich in irgend einen enger oder weiter gezogenen Kreis der „nationalen“ Parteien eingliedern zu lassen. Das Recht als Partei leitet sie nicht von einem bestimmten historischen Datum ab, sondern aus dem Umstande, daß sie das Wohl des deutschen Volkes, so wie sie es versteht, nach allen Seiten vertritt: sowohl gegen gewisse paradoxe Theorien als auch gegen bestimmte Interessengruppen, deren profites Streben viel gefährlicher ist als irgend eine noch so falsche politische Meinung. Aus der Erkenntnis der breiten Massen aber, daß sich das Bestreben der Sozialdemokratie mit ihren Interessen deckt, schöpft die Partei ihre Macht, und Recht ist es schließlich, die Partei schafft!

## Die Reichskonferenz.

Berlin, den 21. September 1916.

Im Saale der Budgetkommission des Reichstags trat heute Nachmittag die Reichskonferenz zusammen, zu der außer dem Parteivorstand, der Kontrollkommission und den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten an 300 Delegierte erschienen sind.

Ebert gedachte in seiner Eröffnungssprache der im Felde stehenden Parteigenossen und der Gefallenen. Zur Ehrung für diese, was Tausend für die kämpfenden erhob sich die Versammlung. Als Zweck der Konferenz erklärte Ebert, der Einheit der Partei zu dienen, ihre Aktionsfreiheit zu sichern und dem Parteivorstand einen festen Boden zu geben.

Mit der Leitung der Verhandlungen wurde der Parteivorstand betraut, die Geschäftsordnung ist die der Parteitagung, die Tagungszeit wird von 9 bis 11 und 3 bis 7 Uhr festgesetzt.

Die Tagesordnung lautet:  
1. Die Politik der Partei (Referent: Scheidemann).  
2. Die Tätigkeit des Parteivorstandes (Referent: Ebert).  
3. Die beiden Referenten soll Haase als Korreferent mit allen Rechten eines Referenten das Wort erhalten; dem Vertreter

## Ungreifende starke rumänische Kräfte in der Dobrudscha fluchtartig zurückgeworfen.

(R. T. V.) Amtlich Großes Hauptquartier, den 22. September 1916.

### Westlicher Kriegsschauplatz:

Abgesehen von lebhaften Artillerie- und Handgranatenkämpfen im Sommer- und Maas-Gebiete ist nichts zu berichten.

### Westlicher Kriegsschauplatz:

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern:

Westlich von Luzl schlagen schwächere russische Angriffe fehl. Bei Kornitica hält sich der Feind noch in kleinen Teilen unserer Stellung. Bei den Kämpfen des 20. September fielen 700 Gefangene und mehrere Maschinengewehre in unsere Hand.

Festiger Artilleriekampf auf einem Teile der Front zwischen Sereth und Strupa, nördlich von Jborow. Feindliche Angriffe wurden durch unser Feuer verhindert.

### Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Karl:

An der Karajowa lebhaftes Feuer- und stellenweise Infanteriekampf.

### Bulgariſcher Bericht.

† Sofia, 22. September. Amtlicher Heeresbericht vom 21. September. Mazedonische Front: Seitdem hat sich in der Lage der Truppen um Vorn (Florina) und auf der Höhe von Kajmakolan nichts verändert. Der Tag verlief ziemlich ruhig. Ein russischer Angriff auf die Höhe 279 nördlich des Dorfes Kamenit scheiterte. Die feindlichen Bataillone wurden in Unordnung zurückgeworfen. Im Mangelitza-Tale und auf beiden Ufern des Warbar schwaches Geschützfeuer. Im Struma-Tale und längst der Küste des Meglischen

In den Karpathen ging die Kuppe Smotrec wieder verloren. Die fortgesetzten Anstrengungen der Russen an der Baba Ludowa blieben dank der Zähigkeit unserer tapferen Jäger abermals erfolglos. Angriffe im Tatarca-Abchnitt und nördlich von Dorna Watra sind abge schlagen.

### Kriegsschauplatz in Siebenbürgen:

Nichts Neues.

### Balkan-Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Madensen.

In der Dobrudscha gingen starke rumänische Kräfte südwestlich von Topraisar zum Angriffe über. Durch umfassenden Gegenstoß deutscher, bulgarischer und türkischer Truppen gegen Flanke und Rücken des Feindes sind die Rumänen fluchtartig zurückgeworfen.

### Mazedonische Front:

Die Kampftätigkeit im Becken von Florina blieb ruhig. Sie lebte östlich des Warbar wieder auf.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Keresztes Ruhe. — Rumänische Front: Längs der Donau Ruhe. In der Dobrudscha besetzten sich unsere Abteilungen in den eroberten Stellungen. Der gestrige Tag kennzeichnet sich nur durch sporadische Kämpfe auf beiden Seiten. Deutsche Flugzeuge griffen erfolgreich die Eisenbahnlinie bei Gernavoda an und fügten ihr großen Schaden zu. Ein aus 20 Einheiten bestehendes russisches Geschwader bombardierte ohne Erfolg die Höhen nördlich und südlich des Dorfes Vertela. Unsere Wasserflugzeuge brachten einen Angriff feindlicher Flugzeuge auf Bama zum Scheitern.

der Gruppe „Internationale“ wird eine halbstündige Redezeit zugeteilt, Haase und er erhalten auch ein Schlusswort.

Die Abstimmung über einen Antrag Dr. Braun-Rüdenberg, die Tagesordnung durch einen Punkt: „Die Heberführung des Kriegszustandes und der Kriegswirtschaft in den Friedenszustand und die Friedenswirtschaft“ zu erweitern, wird hinausgeschoben, da man noch nicht übersehen kann, ob dafür Zeit bleibt, es auch fruchtig erscheint, ob eine solche Beratung genügend vorbereitet ist. — Die Konferenz beschließt, täglich der gesamten Presse eine Heberführer über die Verhandlungen zur Verfügung zu stellen; die Entscheidung darüber, ob später ein genauerer Bericht veröffentlicht wird, bleibt vorbehalten.

Im Namen von über 100 Abgeordneten und Delegierten gibt Ledebour eine Erklärung ab, die die

### Zusammensetzung der Reichskonferenz:

trifft und ausspricht, daß die Unterzeichner sich an der Konferenz beteiligen, um diese Gelegenheit zur Aussprache nicht vorübergehen zu lassen. Eine ähnliche Erklärung, die über die Beteiligung an sachlichen Abstimmungen ablehnt, wird für die Anhänger der Gruppe „Internationale“ abgegeben. Darauf tritt die Konferenz in die Tagesordnung ein. Als Referent über die Politik der Partei legt Scheidemann dar, daß die mit Siebenacht-Wedheit beschlossene Zustimmung der Fraktion zum ersten Kriegskredit durchaus der Volkswirtschaft entspricht, die damals der von Ruhland brohenden Gefahr voll bewußt war. Heute übersehe die Opposition, daß die Deutschland bedrohende Gefahr wahrlich nicht geringer geworden sei. Es bestehe kein Anzeichen dafür, daß eine Ablehnung der Kriegskredite durch die deutsche Sozialdemokratie gleiches Vorgehen der sozialistischen Parteien Englands und Frankreichs zur Folge haben würde; selbst wenn aber dort ein Teil der sozialistischen Parteien sich dazu entschloße, so wäre die Wirkung auf die Regierungen äußerst gering, wie das Beispiel Italiens und Rumaniens gezeigt habe, die bereits nach langer Dauer des europäischen Krieges trotz den sozialistischen Warnungen — Italien auch trotz den österreichischen Gebietsangeboten — sich in den Krieg gestürzt haben. Die Staatsbewilligung von 1915 sei keineswegs eine Vertrauensabgabe für die Regierung gewesen, sondern im Dienste der selbstverständlichen Pflicht der Vaterlandverteidigung erfolgt. An dem ganzen Heere von einer sozialdemokratischen Regierungspolitik sei nicht mehr, als daß jetzt die sozialdemokratische Fraktion von der Regierung ebenso informiert werde wie die anderen Parteien, so daß nur ein Ausnahmezustand beseitigt erscheine. Schon die Zustände in der Ernährungsfrage schlichen ein besonders Verhältnißverhältnis zur Regierung aus.

Weder ein Parteitag noch ein internationaler Kongreß beschloß verpflichtend zur Ablehnung von Kriegskrediten; wenn aber das Parteiprogramm die allgemeine Volkswirtschaft fordere, so natürlich dazu, daß das Volk in Waffen seine Unabhängigkeit verteidigen könne. Die gegenüber den deutschen Erklärungen zur Friedensbereitschaft immerfort wiederholten Kriegsziele der Entente bedrohen ein besiegtes Deutschland mit der Aussicht, die Produkte seiner Arbeit fremden Eroberern abliefern zu müssen. Wo bliebe da der

Sozialismus, wie wäre dann eine gerechte Güterverteilung zu schaffen! Die internationalen Kongreßbeschlüsse, daß die sozialistischen Parteien auf rasche Beendigung eines ausgebrochenen Krieges hinzuwirken haben, gelten gleichermaßen für alle sozialistischen Parteien; unter Bemühen, danach zu handeln, begegne aber immer wieder der schroffen Ablehnung auf der anderen Seite. — Nachdem Scheidemann entschieden

### gegen annexionsistische Forderungen

gesprochen und eine deutlichere Bezeichnung der deutschen Friedensziele durch den Reichskanzler, schon zur Widerlegung feindlicher Entstellungen und Verleumdungen, gefordert hatte, besprach er die fraktionspaltung und schloß mit der Zuversicht, daß die deutschen Arbeiter schließlich selbst fordern werden, daß die deutsche Sozialdemokratie einheitlich und mit ganzer Kraft sich den kommenden, unübersehbar großen Aufgaben zuwenden.

Der Parteivorstand berichtete darauf, daß 307 Delegierte anwesend sind, 12 Kreise haben von ihrem Vertretungsrecht nicht oder nicht voll Gebrauch gemacht. Die beiden Organisationen des Wahlkreises Teltow-Weesow sind durch je drei Delegierte vertreten. Obgleich der Parteivorstand die neue Kreis-Organisation Teltow-Weesow nicht als rechtmäßig bestehend anerkennt, schlägt er — um Zeit zu sparen — vor, sämtliche Mandate anzuerkennen. Die Konferenz stimmt nach kurzer Debatte diesem Vorschlage zu.

In der Nachmittags-sitzung referiert Ebert über die Tätigkeit des Parteivorstandes. Er weist darauf hin, wie der Kriegsausbruch eine glänzende Entwicklung der Partei unterbrochen hat, gibt dann Auskunft über die inneren Verwaltungsmassnahmen des Parteivorstandes, über seine oftmalsigen, aber stets an dem Widerstande des von Wanderteile geleiteten Internationalen Bureau sowie der sozialistischen Parteien der Ententestaaten geschickten Bestrebungen, Zusammenkünfte mit ihnen herbeizuführen. Ebert wendet sich dann den Aktionen der Partei und der Gewerkschaften gegen die Mißstände in der Volksernährung zu, um darauf eingehend das Entstehen und das Vorgehen der Opposition darzustellen. Die Vespaltung einer Anzahl von Flugblättern gegen die Parteileitung führt ihn zu dem Schluß, daß die jetzigen Schwierigkeiten der Partei einen tiefen sachlichen Hintergrund haben. Verderblich und verhängnisvoll für die Partei und das Proletariat ist es, wenn dieser Meinungsstreit so ausgelebt wird, daß jede Kameradschaft erlöset werden muß. Disziplin und Vertrauen werden dadurch untergraben, die Grundlagen der Partei gemüht und die Partei schwer gefährdet. Die Kämpfe der Zukunft werden das Schicksal der Arbeiterklasse auf Jahrzehnte hinaus entscheiden, bei ihnen wird alles abhängen von der Macht und Entschlossenheit der Arbeiterschaft. Festigen wir also unsere Organisationen und sichern wir die Einheit der Kampffront! (Lebhafter, anhaltender Beifall.) — Weiterberatung Freitag.